Der Abg. Lehmann verwies auf die im Antrag aufgeführte Begründung und ergänzte, dass der Standort Bonn mit seinem derzeitigen Status keinen Bestand habe.

Die Abg. Krupp bemerkte, das die Partei DIE LINKE in der Vergangenheit immer einen Komplettumzug nach Berlin gefordert und sich für die Belange der Region in keiner Weise interessiert und eingesetzt habe.

Hierzu erwiderte der Abg. Lehmann, dass seine Fraktion die im Kreistag verabschiedete Resolution zur Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes mitgetragen habe.

Der Abg. Dr. Bieber führte aus, dass die Bundestagsfraktion DIE LINKE im Sommer dieses Jahres einen Komplettumzug aller verbliebenen Ministerien nach Berlin gefordert habe. Damit setze man nicht nur über 8.000 Arbeitsplätze in den Bundesverwaltungen, sondern auch tausende Arbeitsplätze einschließlich der Familienangehörigen, die mittelbar durch den Wegzug betroffen seien, aufs Spiel. Dieses sei ein sorgloser Umgang mit dem Thema. Man stehe für die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes und setze sich mit dem Landrat und dem Oberbürgermeister Sridharan dafür ein, dass dieses Gesetz rechtssicher gestaltet werde. Die Diskussion für die Region müsse dahingehend zu einem erfolgreichen Ende kommen, um eine möglicherweise vertraglich abgesicherte Position zu erlangen.

Der Abg. Steiner betonte, dass DIE GRÜNEN in der Region geschlossen für die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes stehen. Zudem sei der Kreistag gemeinsam mit Bonn, und dem Kreis Ahrweiler - unterstützt von den beiden Landesregierungen - auf dem Weg, das Recht einzufordern, welches das Berlin/Bonn-Gesetz zusichere. Ein Rutschbahneffekt durch einen Komplettumzug müsse verhindert werden.

Der Abg. Hurnik wies darauf hin, dass 19 Abgeordnete der Vorgängerpartei von DIE LINKE bei der damaligen Abstimmung über den zukünftigen Regierungssitz für Berlin als Bundeshauptstadt gestimmt hätten. Man müsse diese Diskussion in der Region heute nicht führen, wenn das Votum dieser Abgeordneten für Bonn gefallen wäre. Zudem habe sich die Partei DIE LINKE immer eindeutig für einen Regierungssitz in Berlin ausgesprochen.

Der Abg. Lehmann stellte klar, dass es zu diesem Thema in seiner Partei Diskrepanzen auf bundes- und kommunaler Ebene gebe. Darüber hinaus verwies er auf die kontinuierliche Abnahme der ministeriellen Arbeitsplätze und ergänzte, er könne sich nicht vorstellen, dass es bei einem Bestand von 37 % bleibe. Bei der stetigen Abnahme dieser Arbeitsplätze müsse man im Interesse des Rhein-Sieg-Kreises von dem was übrig bleibe das Optimum herausziehen.

Der Abg Skoda teilte mit, dass er gegen den Antrag stimmen werde.

Der Landrat sagte abschließend, dass er am 13.12.2016 in Berlin gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Sridharan und dem Landrat Dr. Pföhler einen Besprechungstermin mit Bundesministerin Hendricks in dieser Angelegenheit habe.

Dann stellte er den Antrag zur Abstimmung.